

Anwesend:

Oberbürgermeister

Oberbürgermeister Andreas Wagner

Mitglied Gruppe CDU/WBV

Ratsvorsitzender Stefan Becker

Ratsmitglied Katja Breuer

Ratsmitglied Martin Ehlers

Bürgermeisterin Ursula Glaser

Ratsmitglied Martin Harms

Ratsmitglied Uwe Heinemann

Beigeordneter Stephan Hellwig

Ratsmitglied Michael Kunze

Ratsmitglied Hans-Jürgen Lietzmann

Ratsmitglied Helmut Möhle

Ratsmitglied Astrid Zaage

Mitglied SPD-Fraktion

Ratsmitglied Nurhayat Bakir

Ratsmitglied Al-Chafia Hammadi

Ratsmitglied Christina Heide

Beigeordneter Howard Jacques

Ratsmitglied Gesche Marxfeld

Bürgermeister Uwe Reese

Ratsmitglied Detlef Schön

Ratsmitglied Sebastian Seidel

Ratsmitglied Kristian Stoermer

Mitglied Gruppe GrünUnabhängigSozial

Ratsmitglied Georg Berner-Waindok

Ratsmitglied Antje Johanna Kloster

Ratsmitglied Petra Stomberg

Ratsmitglied Andreas Tönjes

Beigeordneter Michael von den Berg

Beigeordneter Frank Uwe Walpurgis

Ratsmitglied Horst Dieter Walzner

Ratsmitglied Helga Weinstock

Mitglied FDP-Fraktion

Ratsmitglied Christian Ressel

Ratsmitglied Dr. Günther Schulte

Beigeordneter Dr. Michael von Teichman

Mitglied AfD-Fraktion

Ratsmitglied Mirco Danner

Ratsmitglied Prof. Dr.-Ing. Lothar Preuß

Mitglied AfDW-Fraktion

Ratsmitglied Thorsten Moriß

Ratsmitglied Irina Moriß-Kappes

Mitglied Die Linke

Ratsmitglied Florian Wiese

Mitglied Freie Wähler

Ratsmitglied Andreas Lang

Dezernenten

Erster Stadtrat Armin Schönfelder

Stadtrat Oliver Leinert

von der Verwaltung

Leitung Referat 4 - Referat für Personal und Organisation Jens Müll

Leitung Referat 5 - Referat für Bürgerangelegenheiten und Recht Marion Winkel-Fiedelak

Leitung Referat 6 - Referat für Jugend, Familie, Sport und Bildung Carsten Feist

Fachbereichsleiterin Kommunikation & Koordination Julia Muth

Fachbereich Kommunikation & Koordination Eugen Folkers

Fachbereichsleiter Rechnungsprüfungsamt Jörg Walkenhorst

Fachbereichsleiter Finanzen Torben Müller

Protokollführerin

Fachbereich Kommunikation & Koordination Insa Rogel

Es fehlte entschuldigt

Beigeordneter Jörg Mückenwarf

als Gast

Geschäftsführer der Wilhelmshaven Touristik & Freizeit GmbH Michael Diers

Landeskriminalamt Niedersachsen, Kompetenzzentrum Urbane Sicherheit

Dr. Anke Schröder

A. Öffentlicher Teil ab Seite 3

Einwohnerfragestunde auf Seite 16

B. Nichtöffentlicher Teil ab Seite 17

A. Öffentlicher TeilTagesordnung:

- | | | |
|-------|---|----------------|
| 6 | Vorstellung des Projektes "Wilhelmshaven has Visions" durch Frau Dr. Anke Schröder(Landeskriminalamt Niedersachsen, Kriminologische Forschung und Statistik, Kompetenzzentrum Urbane Sicherheit) | |
| 7.1 | Änderung der Hauptsatzung | 66/2019 |
| 8.1.1 | Satzungsänderung Klinikum Wilhelmshaven gGmbH | 72/2019 |
| 8.1.2 | Umbesetzung von Ausschüssen und Gremien | |
| 8.2.1 | Änderung der "Entgeltordnung für das Stadttheater" | 52/2019 |
| 8.3.1 | Bebauungsplan Nr. 190 - Kirchreihe / Widukindstraße (mit Örtlicher Bauvorschrift) | 17/2019 |
| | 1. Behandlung der Stellungnahmen | |
| | 2. Satzungsbeschluss | |
| 8.3.2 | 80. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Wilhelmshaven - Tammhausen - Entwurfsbeschluss | 19/2019 |
| 8.3.3 | Bebauungsplan Nr. 192 - Tammhausen - Entwurfsbeschluss | 18/2019 |
| 8.3.4 | Bebauungsplan Nr. 61, 3.Änderung | 55/2019 |
| | -Freigebiet Freiligrathstraße / August-Hinrichs-Straße-
Aufstellungsbeschluss | |
| 8.3.5 | Stadterneuerung | 56/2019 |
| | Städtebauliche Sanierungsmaßnahme Tonndeich
Beschluss zur Billigung des Berichts über die Ergebnisse des Integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzeptes und der Vorbereitenden Untersuchungen gemäß § 141 Abs. 1 BauGB | |
| 8.3.6 | Neue Friedenstraße - Ergänzungsauftrag | 61/2019 |
| | Beschluss zum Durchbau / zur Schaffung von Planungsrecht | |
| 8.3.7 | BP Nr. 114 (vorhabenbezogen)/Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 31 (VEP 031 | 60/2019 |
| | -Südlich Großer Hafen / Westlich Kaiser-Wilhelm-Brücke-
Aufstellungsbeschluss und Ideen- /Investorenwettbewerb | |
| 8.4.1 | Zweckvereinbarung zur Gewährung des Brandschutzes und der Hilfeleistung im Bereich Klein Westerhausen durch die Ortsfeuerwehr Sillenstede der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Schortens | 16/2019 |
| 8.4.2 | Lärmaktionsplan für die Stadt Wilhelmshaven | 53/2019 |
| 8.4.3 | Fortschreibung des Rettungsdienstbedarfsplanes für den Rettungsdienstbereich der Stadt Wilhelmshaven ab 2019 | 58/2019 |
| 8.4.4 | Bestellung eines beratenden Mitgliedes für den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz | 62/2019 |
| 9 | Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten | |
| 10 | Einwohnerfragestunde | |

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzender Becker eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Oberbürgermeister Wagner nahm Stellung zum Thema „Satzungsänderung Klinikum“ und zeigte die sich bietenden Alternativen auf:

Im September des letzten Jahres habe der Rat die Neufassung der Satzung der Klinikum Wilhelmshaven gGmbH beschlossen. Bis dahin habe er die Stadt Wilhelmshaven sowohl im Aufsichtsrat als auch in der Gesellschafterversammlung des Klinikums vertreten. Ziel des Ratsbeschlusses am 26.09.2018 und der geänderten Satzung sei es gewesen, den Oberbürgermeister von seiner Mitgliedschaft in beiden Gremien zu entbinden und den Ersten Stadtrat an seine Stelle treten zu lassen. Um diesem Bestreben größtmöglichen Ausdruck zu verleihen, sollte der Erste Stadtrat als satzungsgeborenes Mitglied beider Gremien in der Satzung verankert werden. Dieser Beschluss habe jedoch gegen die Bestimmungen des NKomVG verstoßen. Nach Aussage der Kommunalaufsicht rechtfertige die Benennung eines Vertreters des Oberbürgermeisters keine Änderung der Satzung zur Installierung eines anderweitigen geborenen Aufsichtsratsmitgliedes, das nicht der Oberbürgermeister sei. Dies widerspreche den Regelungen des § 138 Absatz 2 und 3 NKomVG. Der Hinweis der Kommunalaufsicht sei im Wortlaut in der Informationsvorlage Nr. 43/2019 zum Verwaltungsausschuss am 11.02.2019 vorgelegt worden.

Aus dieser Problematik ergäben sich nunmehr zwei Handlungsalternativen.

Die erste Alternative wäre, die Anmerkungen des Innenministeriums als Chance zu begreifen, einen rechtswidrigen Zustand ohne eine formelle Beanstandung der Kommunalaufsicht zu beseitigen. Der Rat habe mit dem heutigen Beschluss die Möglichkeit, eine Satzung zu beschließen, die NKomVG-konform sei. Der mit der Beschlussvorlage Nr. 72/2019 vorgelegte Satzungsentwurf sei mit der Kommunalaufsicht abgestimmt, so dass die Rechtskonformität also bereits im Vorfeld attestiert worden sei. Im Satzungsentwurf sei als geborenes Mitglied der Gesellschafterversammlung und des Aufsichtsrates wieder der Oberbürgermeister aufgeführt. Eine neutralere Formulierung, bei der auf die Nennung des Hauptverwaltungsbeamten gänzlich verzichtet werde, würde von der Kommunalaufsicht nach derzeitigen Erkenntnissen nicht mitgetragen werden. Sofern die Neufassung der Satzung heute beschlossen werde, werde er selbst noch in dieser Ratssitzung seinen Verzicht auf die Sitze in beiden Gremien wirksam erklären. Der Rat könne wiederum einen Antrag darauf stellen, eine andere Person anstatt des Oberbürgermeisters als Mitglied zu benennen. Dies könne der Erste Stadtrat sein, genauso aber auch eine andere Person, zum Beispiel ein weiteres Ratsmitglied. Auf diese Weise werde die rechtliche Sicherheit hinsichtlich der zukünftigen Zusammensetzung des Aufsichtsrats und der Gesellschafterversammlung wieder hergestellt. Er sage bereits jetzt seine Verzichtserklärung für den Fall ausdrücklich zu, dass die Satzung beschlossen und ein Antrag auf Benennung eines anderen Mitglieds anstatt des Oberbürgermeisters in den Gremien gestellt werde.

Sofern ein entsprechender Dringlichkeitsantrag eingebracht werde, könne über den Antrag auf Benennung eines Vertreters noch in der heutigen Sitzung beschlossen werden.

Der Rat habe heute die Chance, einen wichtigen Schritt zur Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit der Gremien des Klinikums zu gehen. Daher appelliere er,

seinen Vorschlägen zu folgen und heute eine rechtskonforme Satzung zu beschließen und eine weitere Person an seiner Stelle als Mitglied für den Aufsichtsrat und die Gesellschafterversammlung zu benennen.

Die zweite Handlungsalternative im Falle einer Nichtbefassung mit der Neufassung der Satzung wäre, als Oberbürgermeister der in § 88 NKomVG festgelegten Rügepflicht nachzukommen. Diese Alternative stelle aus seiner Sicht die denkbar schlechtere dar und solle möglichst nicht zum Tragen kommen.

Herr Dr. von Teichman signalisierte, dass das Thema nun beruhigt werden solle. Daher bitte er um eine Auszeit für Beratungen in den Fraktionen und mit den fraktionslosen Ratsmitgliedern. Die Vorlage wäre so, wie vorgelegt, mit einem Antrag auf Nichtbefassung angehalten worden. Die Ausführungen des Oberbürgermeisters halte er für nachvollziehbar. Es wäre jedoch begrüßenswert gewesen, diese Überlegungen zu einem früheren Zeitpunkt kommuniziert zu haben.

Die **Herren von den Berg, Jacques, Hellwig, Prof. Preuß, Moriße, Lang und Wiese** stimmten einer Sitzungsunterbrechung zu.

Daraufhin **unterbrach Herr Becker die Sitzung** für Beratungen von **16.10 Uhr bis 16.45 Uhr**.

Nach Wiedereintritt in die Tagesordnung erklärte **Herr Dr. von Teichman**, er werde den Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion für die nichtöffentliche Sitzung zurückziehen.

Dennoch werde ein Dringlichkeitsantrag gestellt: Die Satzung sei im Verwaltungsausschuss und Finanzausschuss durch einen Antrag auf Nichtbefassung nicht vorbereitet worden. Da aber zumindest eine Vorbereitung durch den Verwaltungsausschuss zwingend notwendig sei, müsse die Ratssitzung unterbrochen und der Verwaltungsausschuss zur Vorbereitung des Beschlusses einberufen werden.

Ferner müsse die Tagesordnung um den Punkt „Umbesetzung von Ausschüssen und Gremien“ erweitert werden, um nach dem erneuten Verzicht des Oberbürgermeisters auf seine Mitgliedschaft in den Gremien des Klinikums über die erneute Besetzung dieser Posten mit Herrn Schönfelder abzustimmen.

Der von **Herrn Dr. von Teichman** eingebrachte **Dringlichkeitsantrag** wurde anschließend **einstimmig angenommen** und die Tagesordnung damit um einen **neuen Punkt 8.1.2** „Umbesetzung von Ausschüssen und Gremien“ erweitert.

Die Tagesordnung wurde daraufhin in der geänderten Form festgestellt.

3 Genehmigung des Protokolls über die öffentliche Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 19.12.2018

Beschluss: - einstimmig zugestimmt –
(bei 1 Enthaltung)

Das Protokoll der öffentlichen Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 19.12.2018 wird genehmigt.

4 Aktuelle Stunde

Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde lagen nicht vor.

5 Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

Es lagen keine Berichte vor.

6 Vorstellung des Projektes "Wilhelmshaven has Visions" durch Frau Dr. Anke Schröder

(Landeskriminalamt Niedersachsen, Kriminologische Forschung und Statistik, Kompetenzzentrum Urbane Sicherheit)

Nach einer Einführung durch **Oberbürgermeister Wagner** stellte **Frau Dr. Schröder** das Projekt „Wilhelmshaven has visions“ anhand einer Bildschirmpräsentation vor.

(Die Präsentation ist als Anlage zur Sitzung im Ratsinformationssystem hinterlegt.)

7 Vorlagen des Verwaltungsausschusses an den Rat (Beigeordneter Hellwig)

7.1 Änderung der Hauptsatzung

66/2019

Herr Hellwig trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 18.03.2019 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Wilhelmshaven laut Anlage.

8 Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat

8.1 Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft (Ratsfrau Breuer)

Herr Becker unterbrach die Ratssitzung für eine **Sitzung des Verwaltungsausschusses** zur Vorbereitung des Tagesordnungspunktes 8.1.1. **von 17.15 Uhr bis 17.37 Uhr.**

Nach Wiedereintritt in die Tagesordnung der Ratssitzung erfolgte die Beratung der Vorlagen des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft.

8.1.1 Satzungsänderung Klinikum Wilhelmshaven gGmbH

72/2019

Da eine Vorbereitung durch den Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft nicht erfolgt ist, trug **Herr Hellwig** den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 20.03.2019 vor.

Herr Dr. von Teichman beantragte die folgende Änderung:

„In der Beschlussvorlage wird das Wort „bittet“ durch „weist an“ ersetzt.

§ 9 Abs. 2 der Satzung wird wie folgt geändert:

Die Oberbürgermeisterin/der Oberbürgermeister übernimmt den Vorsitz in der

Gesellschafterversammlung, sofern die Gesellschafterversammlung dies nicht anderweitig bestimmt.“

Dem **Änderungsantrag** wurde **einstimmig bei 1 Enthaltung** zugestimmt.

Beschluss: -einstimmig-
(bei 3 Enthaltungen)
inklusive der durch Antrag der FDP-Fraktion in der Ratssitzung am 20.03.2019 geänderten Fassung des § 9 Abs. 2 der Satzung

Der Rat beschließt die anliegende Neufassung der Satzung der Klinikum Wilhelmshaven gGmbH und ~~bittet~~ **weist** die Gesellschafterversammlung **an**, die Neufassung ebenfalls zu beschließen.

8.1.2 Umbesetzung von Ausschüssen und Gremien

Oberbürgermeister Wagner erklärte erneut seinen Sitzverzicht für den Aufsichtsrat und die Gesellschafterversammlung der Klinikum Wilhelmshaven gGmbH und schlug Herrn Ersten Stadtrat Armin Schönfelder zur Benennung vor.

Der Rat stimmte den vorgeschlagenen Änderungen einstimmig bei 2 Enthaltungen zu.

8.2 Ausschuss für Kultur (Beigeordneter Jacques)

8.2.1 Änderung der "Entgeltordnung für das Stadttheater" **52/2019**

Herr Jacques trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Kultur vom 05.03.2019 vor.

Die **Herren Dr. von Teichman, Tönjes** und **Jacques** lobten übereinstimmend die sehr moderaten Preise und warben für rege Inanspruchnahme des Theaters.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-
(bei 1 Enthaltung)

Der Änderung der „Entgeltordnung für das Stadttheater Wilhelmshaven“ ab der Spielzeit 2019/ 2020 wird zugestimmt.

8.3 Ausschuss für Planen und Bauen (Ratsherr Schön)

8.3.1 Bebauungsplan Nr. 190 - Kirchreihe / Widukindstraße (mit Örtlicher Bauvorschrift) **17/2019**

1. Behandlung der Stellungnahmen

2. Satzungsbeschluss

Herr Schön trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 12.03.2019 vor.

Herr Dr. von Teichman bezog sich auf die Höhe der geplanten Bebauung. Er könne die Bedenken der Nachbarn nachvollziehen; zwar sei eine weitere Innenstadtverdichtung zu begrüßen, doch sollte an die Eigentümer appelliert werden, im Sinne einer guten Nachbarschaft nicht zu hoch zu bauen.

Herr Leinert ging auf die Problematik der Geschossigkeit ein: Im Vorfeld habe man sorgfältig die Bebauung in der Umgebung und die dort geltenden Vorschriften geprüft. Das Grundstück befinde sich im Villenviertel, wo noch aus den 1930er Jahren die Auflage gelte, nicht höher als 2 Geschosse zu bauen. Diese Auflage werde hier erfüllt und daher seien die Planungen des Eigentümers nicht zu beanstanden.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 1 Nein-Stimme und 2 Enthaltungen)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des § 10 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Art. 6 des Asylverfahrensbeschleunigungsgesetzes vom 20.10.2015 (BGBl. I S. 1722); i. V. m. §§ 10 und 58 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in der z. Zt. geltenden Fassung den **Bebauungsplan Nr. 190 – KIRCHREIHE / WIDUKINDSTRASSE** - (mit Örtlicher Bauvorschrift) aufgestellt im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB als Satzung. Über die eingegangenen Stellungnahmen wird gem. Vorlage (Ergänzungsblatt 01- 28) beschlossen. Sie ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift. Die Begründung in der Fassung vom 18.01.2019 mit den Angaben nach §2a BauGB ist dem Bebauungsplan gem. §9 Abs.8 des BauGB beigelegt. Der Rat nimmt gleichzeitig zur Kenntnis, dass der Flächennutzungsplan im Bereich des Bebauungsplans im Wege der Berichtigung gem. § 13 a Abs. 2 Nr. 2 BauGB entsprechend der vorliegenden Darstellung angepasst wird (Berichtigung Nr. 11).

8.3.2 80. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Wilhelmshaven - Tammhausen - Entwurfsbeschluss

19/2019

Herr Schön trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 12.03.2019 vor.

Herr Dr. von Teichman machte auf die lange bestehende Auseinandersetzung mit Hooksiel in Bezug auf den Betrieb der Tontaubenschießanlage aufmerksam. Da aber die Gemeinde Wangerland aufgrund der getroffenen Lärmschutzmaßnahmen auf einen Einspruch verzichten werde, könne die FDP-Fraktion hier nun zustimmen.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 3 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt dem Entwurf der 80. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Wilhelmshaven-TAMMHAUSEN- zu und beschließt, diesen einen Monat lang öffentlich auszulegen. Die Vorlage ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

8.3.3 Bebauungsplan Nr. 192 – Tammhausen -
Entwurfsbeschluss

18/2019

Herr Schön trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 12.03.2019 vor.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 2 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt dem Entwurf des Bebauungsplans Nr. 192 –TAMMHAUSEN- zu und beschließt, diesen einen Monat lang öffentlich auszulegen. Die Vorlage ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

8.3.4 Bebauungsplan Nr. 61, 3.Änderung
-Freigebiet Freiligrathstraße / August-Hinrichs-Straße-
Aufstellungsbeschluss

55/2019

Herr Schön trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 12.03.2019 vor.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 2 Nein-Stimmen)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 61, 3. Änderung -FREIGEBIET FREILIGRATHSTRASS / AUGUST-HINRICHS-STRASSE- im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung und mit Verzicht auf die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden gem. §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB. Die Vorlage ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

Anschließend unterbrach **Herr Becker** die Sitzung für eine **Pause von 18.00 Uhr bis 18.15 Uhr**.

Nach Wiedereintritt in die Tagesordnung erfolgte die weitere Beratung der Beschlussvorlagen des Ausschusses für Planen und Bauen.

8.3.5 Stadterneuerung

56/2019

Städtebauliche Sanierungsmaßnahme TonndeichBeschluss zur Billigung des Berichts über die Ergebnisse des integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzeptes und der Vorbereitenden Untersuchungen gemäß § 141 Abs. 1 BauGB

Herr Schön trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 12.03.2019 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-
(bei 1 Enthaltung)

Die Ergebnisse des integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzeptes und der Vorbereitenden Untersuchungen „Tonndeich“ werden gemäß § 141 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) zur Kenntnis genommen und gebilligt (Anlage 1).

Die Anlage 1 ist Bestandteil des Protokolls.

8.3.6 Neue Friedenstraße - Ergänzungsauftrag

61/2019

Beschluss zum Durchbau / zur Schaffung von Planungsrecht

Herr Schön trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 12.03.2019 vor.

Frau Weinstock verdeutlichte, eine große Mehrheit im Rat sei zwar gegen den Durchbau der Friedenstraße, doch sei es mit dem heutigen Beschluss erforderlich Geld auszugeben, um es an anderer Stelle zu sparen. Mit einer Zustimmung heute werde zunächst die Planungsreife hergestellt. Sie hoffe dringend, dass dem Rat für den endgültigen Durchbau ein gesonderter Beschluss vorgelegt werde.

Herr Leinert erklärte daraufhin den Sachverhalt: Sofern nicht bis zum 31.12.2020 die planerischen Voraussetzungen für den Durchbau geschaffen würden, werde eine Entschädigungszahlung an eine Discounterkette fällig, die ihre Ansiedlung vom Durchbau der Friedenstraße abhängig gemacht habe. Diese Zahlung entfele jedoch, sofern nur die Planungen erstellt würden; es bestehe keine Bauverpflichtung. Nach Abschluss des Planfeststellungsverfahrens werde die Verwaltung dem Rat eine Beschlussvorlage vorlegen, in der abgefragt werde, ob der Durchbau erfolgen solle. Mit den Ergebnissen der zusätzlich notwendigen Untersuchungen aus der heutigen Beschlussfassung seit nicht vor Anfang 2020 zu rechnen.

Herr Hellwig machte darauf aufmerksam, dass es heute noch nicht um den Beschluss zum Durchbau gehe, sondern um die Schaffung einer Option. Die Entwicklung des Verkehrs, besonders vor dem Hintergrund der Schaffung des neuen Stadtteils Potenburg, sei zum jetzigen Zeitpunkt noch gar nicht absehbar. Ob die vorhandene Infrastruktur diese Verkehre auffangen könne, könne keiner einschätzen. Er halte daher das Geld für die Erstellung eines Gutachtens zur Überprüfung dieser Auswirkungen für besser angelegt, als die wesentlich höhere Vertragsstrafe im Falle der Ablehnung der Beschlussvorlage.

Herr Prof. Preuß forderte vor dem Hintergrund der langen Geschichte des Themas, die Diskussion endlich zu beenden. Der Rat solle sich seiner Meinung nach für die Bürger einsetzen und diese seien in der Mehrheit gegen den Durchbau aufgrund der Befürchtung, dass bei einem Beschluss die Durchführung nicht mehr aufzuhalten sei. Aus diesem Grunde stelle er den folgenden **Änderungsantrag** für die AfD-Fraktion:

„Die Darstellung der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen, dem Verwaltungsauftrag wird aber nicht gefolgt.

Mit sofortiger Wirkung wird das Planungsvorhaben „Durchbau der Friedenstraße“ gestoppt. Der Ausbau wird nicht mehr weiter verfolgt.“

Anschließend bestätigte **Herr Schönfelder** auf Bitten von **Herrn Hellwig**, dass es bei dem heutigen Beschluss um die Herstellung von Planungsrecht gehe und nicht um den endgültigen Durchbau.

Herr Leinert ergänzte, dass die Entschädigungsleistung dann nicht zum Tragen komme, wenn Planungsrecht geschaffen werde.

Herr Moriße erklärte, die AfD werde alles ablehnen, was mit dem Durchbau zusammenhänge.

Der **Änderungsantrag der AfD-Fraktion** wurde anschließend bei 6 Ja-Stimmen und 6 Enthaltungen **mehrheitlich abgelehnt**.

In Beantwortung einer Nachfrage von **Herrn von den Berg** bestätigte **Herr Leinert** zunächst, dass der erzielte Verkaufspreis für die Ansiedlung des Discounters höher ausgefallen sei, als erwartet. Zudem machte er darauf aufmerksam, dass der Verkaufspreis mittlerweile in voller Höhe gezahlt worden sei. Die Entschädigungsleistung müsste dann im Falle der Ablehnung des Durchbaus von der Stadt zurück erstattet werden. Zum Zeitpunkt der Vertragsverhandlungen sei man aufgrund des vorliegenden Aufstellungsbeschlusses von einer Realisierung des Durchbaus der Friedenstraße ausgegangen. Erst nach deren Abschluss sei die Diskussion wieder aufgelebt und sich eine ablehnende Haltung des Rates dem gegenüber abgezeichnet. Daraufhin habe der Vertragspartner auf der Einrichtung einer Entschädigungszahlung bestanden für den Fall, dass der Durchbau abgelehnt bzw. die Planungsreife nicht hergestellt werde.

Herr Heinemann betonte, dass man mit dem heutigen Beschluss noch nicht an die tatsächliche Durchführung des Durchbaus gebunden sei, sondern lediglich der Weg für eine ergebnisoffene Diskussion frei gemacht werde.

Herr Dr. Schulte brachte den folgenden **Änderungsantrag für die FDP-Fraktion** ein und begründete diesen anschließend ausführlich:

„Der Rat möge beschließen:

Nach endgültigem Abschluss des Planfeststellungsverfahrens bedarf es eines gesonderten Ratsbeschlusses für die Durchführung des konkreten Bauvorhabens „Durchbau Friedenstraße“.“

Herr Becker stellte fest, dass der Änderungsantrag den Ausführungen von Herrn Leinert entspreche und daher eigentlich nicht nötig sei. Er bat, der Arbeit der Verwaltung zu vertrauen.

Herr Jacques erklärte, die SPD-Fraktion werde dem Änderungsantrag zustimmen, da er inhaltlich unschädlich sei. Er bitte jedoch noch um Auskunft seitens der Antragsteller, was mit dem „gesonderten Ratsbeschluss“ gemeint werde.

Herr Dr. Schulte merkte an, es gehe mit dem Änderungsantrag nicht um Misstrauen gegenüber der Verwaltung, sondern um die Sicherstellung, dass der Rat zur Durchführung des Bauvorhabens einen extra Beschluss fasse.

Dem **Änderungsantrag der FDP-Fraktion** wurde bei 2 Enthaltungen **einstimmig zugestimmt**.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(inklusive der beantragten Änderung bei 7 Gegenstimmen)
Der RAT der Stadt Wilhelmshaven nimmt das Ergebnis aus dem Antrag der SPD/und CDU-Fraktion – Beschlussvorlage 502/2016 zur Kenntnis, dass der Durchbau der „Neuen Friedenstraße“ zwischen L810/Hooksieler Landstraße und Friedrich-Paffrath-Straße verkehrstechnisch alleine nicht zu empfehlen ist und daher nur für diesen Bereich kein Planungsrecht geschaffen werden kann.
Sofern der RAT weiterhin an dem Ziel des Durchbaus der Neuen Friedenstraße festhält, ist der Antrag um die Untersuchungsbereiche wie folgt zu erweitern.
-L810 Hooksieler Landstraße ab Kreisverkehr Kurt-Schumacher-Straße / Hooksieler Landstraße bis dem Knotenpunkt Oldenburger Landstraße / Hooksieler Landstraße / Peterstraße
-Und B210 Oldenburger Landstraße ab Knotenpunkt Oldenburger Landstraße / Heuweg/ Ernst-Barlach-Straße bis Knotenpunkt Oldenburger Landstraße / Hooksieler Landstraße / Peterstraße.

Ergänzung nach **Änderungsantrag der FDP-Fraktion** im Rat am 20.03.2019:

Nach endgültigem Abschluss des Planfeststellungsverfahrens bedarf es eines gesonderten Ratsbeschlusses für die Durchführung des konkreten Bauvorhabens „Durchbau Friedenstraße“.

8.3.7 BP Nr. 114 (vorhabenbezogen)/

60/2019

Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 31 (VEP 031

-Südlich Großer Hafen / Westlich Kaiser-Wilhelm-Brücke-
Aufstellungsbeschluss und Ideen- /Investorenwettbewerb

Herr Schön trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 12.03.2019 vor.

Herr Dr. von Teichman berichtete, dass der Verwaltungsausschuss das Thema ausführlich vorbesprochen habe und die Zustimmung empfehle. Er machte außerdem auf die Modifikation der Beschlussvorlage aufmerksam, mit der nicht

nur Investoren ihre Ideen einbringen können, sondern auch reine Ideengeber zugelassen seien. Der nun vorgelegte Vorschlag der Verwaltung könne nur begrüßt werden, zumal der Rat jederzeit die Möglichkeit habe, ins Verfahren einzugreifen.

Auf Bitten von **Frau Weinstock** gab **Herr Diers** eine kurze Einschätzung zum Thema. Hier gehe es um die Durchführung eines freien Ideenwettbewerbs für die Zukunft, ohne jegliche Vorfestlegung. Auch ein Eingriff des Rates sei jederzeit möglich. Er halte das Vorhaben daher für durchweg begrüßenswert.

Herr Schön zeigte sich skeptisch. Zunächst müsse das Tourismus- sowie das Hotelkonzept vorgelegt werden, dann sollten die Parteien die Gelegenheit erhalten, darüber zu diskutieren und auch die Bürger müssten befragt werden. Erst dann halte er es für sinnvoll, Investoren einzuschalten. Seiner Meinung sei es falsch, bereits jetzt Tatsachen zu schaffen. Es sei keine Eile geboten; diese Filetgrundstücke dürften auf keinen Fall leichtfertig und voreilig verkauft werden.

Oberbürgermeister Wagner wendete ein, es gehe aktuell noch nicht um einen Verkauf, sondern um Überlegung zur weiteren Verwendung des Grundstückes. Die Entwürfe für das Hotel- und das Tourismuskonzept würden noch heute im Rahmen dieser Ratssitzung vorgestellt. Daher sehe er auch keine Hinderungsgründe für einen Beschluss.

Herr Hellwig ergänzte, heute werde zunächst ein Ideen- und Investorenwettbewerb angeschoben, über dessen Ergebnis der Rat erneut entscheiden werde. Das Vorgehen könne er nur begrüßen. Darüber hinaus wäre das Grundstück zu schade, es allein als Parkplatz brach liegen zu lassen.

Herr Dr. von Teichman machte auch auf den langen Vorbereitungszeitraum aufmerksam, in dem sowohl die Bürger als auch der Rat die Möglichkeit hätten, einzugreifen. Es gebe keine Festlegungen, alles an Lösungen sei denkbar. Mit dem heutigen Beschluss werde nicht zuletzt ein Signal nach außen gesetzt, dass die Stadt die Entwicklung dieses Bereichs sehr ernst nehme.

Der von **Herrn Harms** eingebrachte **Geschäftsordnungsantrag auf Ende der Debatte** wurde anschließend bei 13 Gegenstimmen und 1 Enthaltung **mehrheitlich angenommen**.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 9 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03. November 2017 (BGBl. I S. 3634), die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 114 (vorhabenbezogen)/ Vorhaben- und Erschließungsplans Nr. 31 (VEP 031) –Südlich Großer Hafen / Westlich Kaiser-Wilhelm-Brücke-. Die Vorlage ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

Gleichzeitig wird die Verwaltung beauftragt die Ausschreibung für einen Ideen-/Investorenwettbewerb vorzubereiten und dem RAT im 2. Quartal 2019 zur Freigabe vorzulegen

8.4 Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz
(Ratsfrau Kloster)

8.4.1 Zweckvereinbarung zur Gewährung des Brandschutzes und der Hilfeleistung im Bereich Klein Westerhausen durch die Ortsfeuerwehr Sillenstede der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Schortens **16/2019**

Frau Kloster trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz vom 06.03.2019 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Mit der Stadt Schortens wird als Anlage die beigefügte ‚Zweckvereinbarung zur Gewährung des abwehrenden Brandschutzes und der Hilfeleistung in dem Bereich Klein-Westerhausen durch die Ortsfeuerwehr Sillenstede der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Schortens‘ getroffen.

8.4.2 Lärmaktionsplan für die Stadt Wilhelmshaven **53/2019**

Frau Kloster trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz vom 06.03.2019 vor.

Herr Dr. von Teichman verließ seiner Skepsis hinsichtlich einer Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h Ausdruck. Seiner Meinung nach sei die Straße dafür zu groß und könne daher nicht akzeptiert werden. Er hoffe, das Land werde diese Maßnahme nicht durchsetzen.

Herr Harms wendete ein, es gehe hier zunächst um die Darstellung der möglichen Handlungsalternativen. Der Rat müsse ohnehin über die konkreten Maßnahmen gesondert entscheiden.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-
(bei 1 Enthaltung)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven verabschiedet die Lärmaktionsplanung der Stadt Wilhelmshaven zur Umsetzung der EU-Umgebungsärmrichtlinie.

8.4.3 Fortschreibung des Rettungsdienstbedarfsplanes für den Rettungsdienstbereich der Stadt Wilhelmshaven ab 2019 **58/2019**

Frau Kloster trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz vom 06.03.2019 vor.

Zwischen den **Herren Dr. von Teichman, Harms, von den Berg und Walpurgis** wurde kurz die Entwicklung der Zahlen für Kranken- und Rettungstransporte diskutiert.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die Fortschreibung des Rettungsdienstbedarfsplanes für den Rettungsdienstbereich der Stadt Wilhelmshaven ab dem 01.04.2019.

8.4.4 Bestellung eines beratenden Mitgliedes für den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz **62/2019**

Frau Kloster trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz vom 06.03.2019 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Herr Christian Andreae (Schaardeich 21, 26389 Wilhelmshaven) wird auf Vorschlag des Kreislandvolkes Wilhelmshaven in die Funktion des Vertreters von Herrn Behrends bestellt.

9 Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten

Oberbürgermeister Wagner berichtete zunächst über die Verwendung des **Jubiläumsfonds**, der im vergangenen Jahr mit dem dritten Nachtrag zum Haushalt verabschiedet wurde:

Bis Ende Oktober des vergangenen Jahres hätten Vereine, Organisationen und Privatpersonen Zeit gehabt, sich mit einem Projekt zur Mitgestaltung des Stadtgeburtstages zu bewerben. 58 Anträge seien insgesamt eingegangen. Die zur Verfügung stehenden 50.000 Euro wurden als Zuschüsse von bis zu 2.500 Euro bis zum Jahresende ausgezahlt. Erste Projekte haben bereits umgesetzt werden können. Anschließend nannte Oberbürgermeister Wagner die geförderten Projekte. In der Zwischenzeit seien zwei Einrichtungen von ihren Projekten bereits wieder zurückgetreten und hätten den Zuschuss zurückgezahlt. Dieser könne daher an weitere Projekte verteilt werden.

Weiterhin informierte **Oberbürgermeister Wagner** über den Sachstand „**Biosphärenreservat**“. Dazu bezog er sich auf den beschlossenen Änderungsantrag zu Vorlage Nr. 358/2018 aus dem Rat am 19.12.2018, mit dem folgende Ergänzungen in die Beschlussvorlage eingefügt werden sollten:

1. Die Verwaltung benennt in Kürze die seitens der Stadt entsandten Mitglieder der Verhandlungskommission mit der Nationalparkverwaltung (im Umweltausschuss).
2. Die Verwaltung benennt so bald wie möglich die in die Verhandlungen einzubeziehenden Verbände, Organisationen und Interessenvertreter (z.B. Wirtschaft, Handel, Hotellerie, Hafenwirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft). Dies kann ebenfalls im Umweltausschuss geschehen.
3. Es wird vor Beginn der Verhandlungen mit der Nationalparkverwaltung eine öffentliche Informationsveranstaltung durchgeführt, z.B. in der VHS. Eine weitere folgt am Ende der Verhandlungen.
4. Der Umweltausschuss wird laufend (regelmäßiger Tagesordnungspunkt im öffentlichen Teil) über den Fortgang der Verhandlungen informiert.

Diesen Forderungen sei die Verwaltung wie folgt nachgekommen:

Ziffer 1: Bei der Auftaktveranstaltung der Konsultationsphase zur Ausgestaltung der Entwicklungszone des Biosphärenreservats Niedersächsisches Wattenmeer am 27.02.2019 wurde die Bildung einer Lenkungsgruppe und vier thematischen Arbeitsgruppen vereinbart. Er selbst werde durch Herrn Leinert in der Lenkungsgruppe vertreten, in der AG „Mobilität und Klimaschutz“ nehme Herr Lachmund als Klimaschutzmanager teil, in der AG „Biodiversität und nachhaltige

Landwirtschaft“ sei Herr Kohlwes (Amt für Umweltschutz und Bauordnung) vertreten, die AG „Tourismus, nachhaltiger Konsum, regionale Identität“ nehme Frau Janz von der WTF wahr und in der AG „nachhaltige Kommune, Umwelt, Bildung“ sei Herr Marušić (Leiter Amt für Umweltschutz und Bauordnung) vertreten.

Ziffer 2: Folgende Verbände, Organisationen und Interessenvertreter seien seitens der Stadt in den weiteren Prozess eingebunden und bereits zu einer Informationsveranstaltung eingeladen worden: Landwirtschaftskammer Niedersachsen, der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, die Jägerschaft Friesland/Wilhelmshaven, der Naturschutzbund Deutschland, der Landesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz Niedersachsen e. V., der Sportfischerverein Wilhelmshaven, die Naturfreunde Niedersachsen, die IHK, den AWW, die Handwerkskammer, die Wasser- und Bodenverbände im Kreis Friesland, die Niedersächsischen Landesforsten, den Stadtsportbund, den Kreislandvolkverband und die WHV.

Ziffer 3: Zusammen mit der Nationalparkverwaltung sei eine Informationsveranstaltung am 25.02.2019 im UNESCO Weltnaturerbe Wattenmeer Besucherzentrum durchgeführt und die Öffentlichkeit vor Beginn der Verhandlungen mit der Nationalparkverwaltung informiert worden.

Anschließend wurde durch **Herrn Diers** der Entwurf des **Tourismuskonzeptes** anhand einer Präsentation vorgestellt.

Die Präsentation ist als Anlage zur Sitzung im Ratsinformationssystem hinterlegt.

Ebenfalls im Rahmen einer Präsentation stellte dann **Herr Leinert** den Entwurf des **Hotelentwicklungskonzeptes** vor.

Auch diese Präsentation ist als Anlage zur Sitzung im Ratsinformationssystem hinterlegt.

10 Einwohnerfragestunde

10.1 Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde (§ 19 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Rates)

Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde lagen nicht vor.

10.2 Fragen zur Tagesordnung der soeben abgehandelten Ratssitzung (§ 19 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Rates)

In Beantwortung einer Nachfrage von **Frau Nadine Peters** zu Tagesordnungspunkt 8.3.3 erklärte **Herr Leinert**, es sei in der Betriebsgenehmigung der Schießanlage festgehalten worden, dass keine Wettbewerbe auf beiden Anlagen gleichzeitig stattfinden dürften. Die Stadt habe auch keine Möglichkeit, davon Ausnahmen zu machen.

Nachdem keine weiteren Fragen mehr vorlagen, wurde die **Einwohnerfragestunde geschlossen.**

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung: 20:30 Uhr

gez.

Becker
Ratsvorsitzender

gez.

Wagner
Oberbürgermeister

gez.

Rogel
Protokollführerin